

Führungskraft aus dem Rathaus will OB werden

Kadir Koyutürk wird seine Bewerbung für die Kornwestheimer OB-Wahl in den nächsten Tagen abgeben.

Von Karin Götz

Jetzt also doch. Am Donnerstag hatte Kadir Koyutürk sich noch nicht in die Karten schauen lassen, am Freitagmittag legte er sie dann aber auf den Tisch. Der Leiter der Stabsstelle Soziales und Teilhabe der Stadt Kornwestheim wird dem CDU-Bewerber Nico Lauxmann bei der OB-Wahl am 25. Juni Konkurrenz machen. Und zwar ohne Unterstützung des Beraters Martin Müller, wie er betont. Müller ist Geschäftsführer der Lebenswerke GmbH, die unter anderem Menschen berät, die Bürgermeister werden wollen.

Bis Mitte März wolle er sich entscheiden, hatte Koyutürk angekündigt. Bis dahin wolle er noch Gespräche mit Fraktionen, Ortsverbänden, Vereinen und Organisationen führen.

„Die Gespräche haben mir viel Mut gemacht und mich bestärkt: Ich will OB werden und zieh das jetzt durch“, sagt der 41-Jährige, der mit Frau und zwei Söhnen in Kornwestheim lebt. Der Diplom-Ingenieur – berufsbegleitend hat er ein Master-Studium in Sozial- und Kulturwissenschaften abgeschlossen – ist seit sieben Jahren bei der Stadtverwaltung. Darüber hinaus coacht und berät er Kommunen sowie Institutionen.

Seit 2010 ist Koyutürk Mitglied bei den Grünen. Bei der OB-Wahl will er als unabhängiger Kandidat antreten. „Ich werde meine Mitgliedschaft bei den Grünen ruhen lassen“, kündigt er an. Das soll Transparenz und Offenheit zeigen. Das Amt des OB habe mit Parteizugehörigkeit nichts zu tun. Apropos Partei. Bislang hat sich noch keine Fraktion hinter den Kandidaten gestellt. Doch das wird sich in den nächsten Wochen noch ändern, hofft Koyutürk.

Wird der 41-Jährige gewählt, will er die Teilhabe der Bürger an Entscheidungsprozessen der Stadt stärken und Kornwestheim als moderne und offene Stadt gestalten, in der Chancengleichheit und Gleichberechtigung für alle gelebt wird.

Ein vorgefertigtes Programm habe er nicht, sagt Koyutürk. Vielmehr wolle er mit den Bürgern Ziele und Visionen für Kornwestheim entwickeln und ein nachhaltiges Konzept erarbeiten. So müsse die Stadt bei den Themen Klimaschutz und Digitalisierung eine Vorbildfunktion einnehmen. Gleichzeitig müssten Alternativen auf dem Wohnungsmarkt für bezahlbaren Wohnraum und neue Wohnformen gefunden werden. „Zugleich möchte ich Kornwestheim als Standort für die kreative und digitale Wirtschaftszene gewinnen.“ Kommende Woche will er seine Unterlagen abgeben. Den ersten Wahlkampftermin hat er dann am Samstag, 25. und Sonntag, 26. März, jeweils von 11 bis 14 Uhr auf dem Frühlingmarkt und dem Street Food Festival.

Die Bewerbungsfrist für die Wahl endet am 30. Mai. Zwei Kandidaten gibt es jetzt und es werden wohl noch mehr werden. Eventuell sogar ein weiterer Rathausmitarbeiter – so wird im Städtle gemunkelt.

Lastwagen bleibt in Grünstreifen stecken

KORTAL-MÜNCHINGEN. Ein Lastwagen ist am Freitagmorgen neben der Fahrbahn der B10 bei Kortal-Münchingen stecken geblieben und hat mehrere Rückstaus ausgelöst. Gegen 6.30 Uhr geriet der 31 Jahre alte Fahrer vermutlich beim Einfahren in eine Nothaltebucht auf Höhe des Stadtteils Kalenberg mit seinem Laster auf die Grünflächen. Dabei fuhr sich das Fahrzeug so fest, dass er nicht mehr weiterfahren konnte. Während ein Teil des Gespans im Grünstreifen feststeckte, ragte das Führerhaus auf die rechte der beiden Richtungsfahrschienen der Bundesstraße. Deshalb musste auch zunächst der rechte Fahrstreifen gesperrt werden. Weil das Fahrzeug nur mit Spezialkränen herausgezogen werden konnte, wurde anschließend nicht nur die komplette B10 in Fahrtrichtung Stuttgart, sondern auch die beiden Ausfahrten des Autobahnanschlusses Stuttgart-Zuffenhausen gesperrt. Es kam zu teils massiven Rückstaus. Erst um 13.30 Uhr war die B10 wieder komplett frei, berichtete die Polizei. *she*

Von Susanne Mathes

Zum Greifen nah schien dem Verein Frauen für Frauen das Glück, das sie im Unglück bieten könnten: Ein zweites Frauenhaus, in dem Frauen Unterkunft finden, die aus Gewaltbeziehungen entkommen sind. Ein sanierungsbedürftiges Haus, das sich für diesen Zweck umbauen ließe, hat der Verein schon seit einem Jahr im Angebot, der Umbau würde rund drei Millionen Euro kosten. Doch weil die erhoffte Finanzierung über ein Förderprogramm der Bundesservicestelle „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ zum Ausbau von Frauenhäusern bisher nicht zugesagt ist, schwindet die Hoffnung des Ludwigsburger Vereins nun. Er befürchtet, dass sich das Zeitfenster jetzt schließt und der Eigentümer die Immobilie einer anderen Verwertung zuführt.

Es sieht im Moment nicht danach aus, als könnte Frauen für Frauen schnell mit einem Signal zur Finanzierung rechnen. Dabei hatte der Verein, nachdem die Gespräche mit dem Eigentümer der Immobilie gelaufen und die Konditionen für eine künftige Nutzung festgezurrt waren, die Förderung schon Ende März 2022 beantragt – über das Land. „Dort hat eine Jury die Anträge beraten. Unser Vorhaben wurde mit erster Priorität an den Bund weitergereicht“, berichtet Arezoo

Shoaleh, pädagogische Leiterin bei Frauen für Frauen. Die Förderanfrage liegt zur Bearbeitung im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben. Seitdem hat der Verein nichts mehr dazu gehört. Und ist entsprechend gefrustet.

Zum Start des Bundesprogrammes „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ hatte der Bund 2019 verkündet, in den Jahren 2020 bis 2023 jährlich 30 Millionen Euro für den Aus-, Um- und Neubau und für die Sanierung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen investieren zu wollen. Doch jetzt steht dem Programm offenbar weniger Geld zur Verfügung als ursprünglich erwartet.

Das Familienministerium hält sich allerdings mit Details dazu zurück. Man könne keine Aussage machen, wie viel Geld noch im Topf sei, kommentiert eine Sprecherin. Bei dem Ludwigsburger Antrag auf Geld aus dem Bundesinvestitionsprogramm handele es sich jedenfalls um eine vom Bundesland Baden-Württemberg befürwortete Förderanfrage, bestätigt sie. Derzeit würden Gespräche zwischen Familienministerium, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Bundesservicestelle, Land und dem Träger koordiniert, „die in den nächsten Tagen und Wochen stattfinden sollen“. In

Frauen in Not: Plätze in Gefahr

Seit einem Jahr hält ein Eigentümer ein Gebäude für ein weiteres Frauenhaus frei. Doch jetzt schließt sich das Zeitfenster.



Zehn Frauenhaus-Zimmer für 19 Personen gibt es – für den ganzen Kreis. Frauen für Frauen könnte erweitern, wartet aber seit einem Jahr auf eine Förderzusage. Foto: dpa/Britta Pedersen

WOHIN BEI GEWALT IN DER PARTNERSCHAFT?

Viel Ausbaubedarf Die Nachfrage nach Fördergeld aus dem Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ ist laut Bundesfamilienministerium groß, ebenso die Spannweite der Projekt-Kosten. „Es gibt Förderanfragen und -anträge die weit unter 100 000 Euro liegen,

und andere, deren Gesamtkosten sich auf mehr als zehn Millionen Euro belaufen“, sagt eine Sprecherin des Ministeriums.

Wenige Plätze Im Kreis Ludwigsburg gibt es nicht nur zu wenige Frauenhausplätze, auch die Finanzierung macht dem Trägerver-

ein Frauen für Frauen oft Kopfzerbrechen, denn nicht jede Frau hat Anspruch darauf, einen Platz bezahlt zu bekommen. Zudem sind die Wohnverhältnisse beengt, der Stresslevel in den Fluren ist hoch. Die Frauen und ihre Kinder zu stabilisieren sei unter diesen Bedingungen sehr schwierig. *mat*

diesem Rahmen solle „das weitere Vorgehen eruiert werden“. Auf Frauen für Frauen sei aber niemand wegen geplanter Gespräche zugekommen, gibt der Verein zur Auskunft. Zu dem Aspekt, dass die Dauerschleife zum Verlust des schon so lange freigehaltenen Objekts zu führen drohe, könne man keine Aussage machen, erklärt die Pressestelle des Bundesfamilienministeriums.

Das Konzept für das zweite Haus sieht vor, fünf bis sechs Appartements mit Platz für zehn bis 15 Frauen und Kinder einzurichten – mit Gemeinschaftsraum, Spielzimmer und Büros. Sie sollen für Frauen zur Verfügung stehen, die Schutz, aber keine Anonymität brauchen. „Es ist ein offenes Konzept“, sagt Arezoo Shoaleh, zu dem ein entsprechendes Sicherheitskonzept gehört. Im Gegensatz dazu sind die zehn Zimmer mit 19 Schlafplätzen, die das bisherige Frauenhaus bietet, anonym, damit extrem gefährdete Frauen sicher sein können, dass kein gewalttätiger Ex-Partner ihnen auf die Spur kommt. Das sei eine für die Frauen und ihre Kinder extrem belastende Situation, so Shoaleh.

„Seit einem Jahr wird das Haus für uns freigehalten, aber Ende März läuft die Frist aus“, berichtet die Sozialpädagogin. Das sei bitter, da der Eigentümer nicht nur lange gewartet, sondern auch günstige Mietkonditionen zugesichert habe. „Es wäre in seinem Interesse, wenn das sanierungsbedürftige Gebäude für so einen Zweck umgebaut würde. Es wäre für alle eine Win-Win-Situation.“

Frauen für Frauen bat auch Ludwigsburger Bundestagsabgeordnete um Hilfe. Das Büro von Steffen Bilger (CDU) meldete zurück, das Programm verfüge über weniger Geld als zunächst geplant, gleichzeitig gebe es sehr viele Förderanträge. Es sei ratsam, direkt an die Bundesservicestelle heranzutreten und auf das Auslaufen des Reservierungstermins hinzuweisen. „Natürlich habe auch ich die zeitliche Dringlichkeit des Anliegens hier im Bundestag bei den politisch Zuständigen angebracht“, sagt Sandra Detzer (Grüne). Auf Förderentscheidungen im Familienministerium könnten Abgeordnete aber keinen Einfluss nehmen. Wegen der vielen Anträge aus der ganzen Republik stünden die Chancen für einen positiven Bescheid „in dem kurzen Zeitraum bis Ende März nah meiner Einschätzung nicht gut“, so Detzer, „aber ich hoffe sehr, mich zu täuschen“. Das Büro von Macit Karahmetoğlu (SPD) vermeldet, man habe Frauen für Frauen im Januar eine Stellungnahme des Ministeriums weitergeleitet: „Damals bestand Hoffnung, dass schnell Bewegung in den bereits gestellten Förderantrag kommt.“

„Die Chancen stehen nach meiner Einschätzung nicht gut. Ich hoffe sehr, mich zu täuschen.“

Sandra Detzer, Abgeordnete

Oststadt-Halle: Räte kippen Park-Ebene

49 Parkplätze und drei Millionen Euro weniger: An der Ausstattung der neuen Halle wird nochmal gespart. Beim Raumprogramm aber nicht.

Von Susanne Mathes

Ich dachte, mich tritt ein Pferd“, ruft Reinhardt Weiss. „Die Straßen sind doch dort schon alle zugesperrt. Das gibt ein Chaos!“ Das Unverständnis des Freie-Wähler-Chefs bezieht sich auf den Vorschlag der Ludwigsburger Stadtverwaltung, bei der neuen Sporthalle für die Oststadt aus Kostengründen die komplette Parkierungsebene zu streichen. Und doch stimmt der Bauausschuss letztendlich mehrheitlich dafür.

Bis dahin wird aber fast anderthalb Stunden nochmals heftig diskutiert, denn die Ludwigsburger Oststadt und das Parken, diese Kombination ist toxisch. Die neue Fuchshofschule, das geplante Fuchshof-Baugebiet mit reduziertem Stellplatzangebot, die neue Halle: Sie alle bringen mehr Verkehr. Und wo der ruhen soll, darüber sind die Ansichten sehr unterschiedlich. Schon jetzt sind zu Stoßzeiten alle Straßen rund um die Ost-

stadt-Sportanlagen vollgeparkt. Von den rund 22 Millionen Euro, die die Halle mittlerweile kostet – geplant waren einmal sieben Millionen gewesen – könne man fast drei Millionen sparen, wenn die komplette Ebene mit 49 Stellplätzen gestrichen würde, hat die Verwaltung errechnet.

Weitere Kosten, so der Vorschlag, könne man drücken, wenn man die Halle nochmals etwas verkleinere – von 27 mal 45 Meter auf 25 mal 45 Meter – und bei der Zuschauertribüne eine Reihe wegnehme. In normalen Zeiten wäre man nicht mit einem solchen Vorschlag gekommen, sagt Oberbürgermeister Matthias Knecht, aber „in einem Jahr des Risikomanagements und der Konsolidierung, in der wir jeden Cent umdrehen“ müssen alle Optionen austariert werden. Klar sei: Mit der Sporthalle Ost müsse es nun schnell vorangehen, „wir müssen liefern“. Doch ihre Vorschläge fliegen der Verwaltung um die Ohren, vor allem die Idee, an der Größe der

schon von vier auf drei Felder verkleinerten Halle zu knapsen. „Nein, nein und nochmals nein, eine Zustimmung für eine weitere Reduzierung ist mit uns zu hundert Prozent nicht zu machen“, ruft Hubertus von Stackelberg (SPD), sein CDU-Kollege Claus-Dieter Meyer sagt: „Wir können uns keine weitere Raumreduktion und keine Zeitverzögerung leisten.“ „Ganz schlechte Idee“, findet Jochen Eisele (FDP). So lautet auch der Tenor der Stellungnahme des Stadtverbandes für Sport, der sich sorgt, dass es für Schul- und Vereinssport zu eng wird und wegen nicht eingehaltener Normen und zu wenig Tribünenplätzen keine höherklassige Wettbewerbe möglich wären.

Die Streichung der Parkierungsebene löst ebenfalls bei etlichen Räten Pulsrasen aus, außer bei den Grünen – Florian Sorg nennt den Verzicht ein „Gebot der Stunde“. Doch die Stimmungslage wendet sich, als Baubürgermeisterin Andrea Schwarz auf Anregung von Margit Liepins (SPD) in Aussicht stellt, als Ausgleich eine bisher nicht öffentliche Stellfläche vor dem Jahn-Stadion zu öffnen. Die lasse sich voraussichtlich baurechtlich entsprechend umwidmen, so Schwarz. Ansonsten war der Plan der Stadt gewesen, als Ausgleich 20 Plätze auf dem Parkplatz in der Bebenhäuser Straße Ecke Danziger Straße zu entwidmen und der Oststadthalle zuzuordnen. Geht gar nicht, fanden Vertreter der meisten Fraktionen.

Wie es künftig um das Parken in der Oststadt bestellt sein wird, diese Frage lässt trotzdem die Emotionen noch einmal hochkochen. Irgendwann entfährt Matthias Knecht ein „Leute, bitte durchatmen!“ Die Reduktion der Hallenräume lehnt der Bildungsausschuss schließlich ab, der Bauausschuss ringt sich zum Ja zum Wegfall der Hallenparkierung aus Kostengründen durch. „Zähneknirschend“, so Lubu-Vereinerin Adelheid Kainz.

Polizei findet Kinderpornos

Razzia bei 22 Verdächtigen: Ermittler stellen Fotos und Videos sicher. Die Hinweise kamen aus Amerika.

Bei einer groß angelegten Durchsuchungsaktion in den Kreisen Böblingen und Ludwigsburg haben Ermittler zahlreiche pornografische Bilder und Videos beschlagnahmt, auf denen Kinder und Jugendliche zu sehen waren.

Wie die Polizei mitteilt, fand die Aktion, bei der mehrere Dutzende Beamte im Einsatz waren, am vergangenen Dienstag statt. Durchsucht wurden insgesamt 24 Objekte. Dabei ging es um den Verdacht des Besitzes und der Weiterverbreitung von kinder- und jugendpornografischem Material. Den 22 Tatverdächtigen wurde vorgeworfen, Bilder und Videos mit entsprechenden Inhalten erhalten, heruntergeladen oder verbreitet zu haben. Sie sind zwischen 14 und 82 Jahre alt. Bei den Durchsuchungen stellte die Polizei insgesamt 93 Beweismittel sicher, darunter überwiegend Datenträger wie Computer, Laptops, Handys und Festplatten. Sie werden nun von Spezialisten ausgewertet. Die Hinweise auf die Straftaten kamen von US-amerikanischen Sicherheitsbehörden.

Bereits der Besitz von nur einer einzigen kinderpornografischen Datei gilt seit 2021 als Verbrechenstatbestand mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr. Die Anzahl der bekannt gewordenen Fälle ist in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegen. So wurden in den Landkreisen Ludwigsburg und Böblingen 2021 über 400 Verfahren wegen Besitz, Besitzverschaffung und Verbreitung von Kinderpornografie neu eröffnet. Als Negativtrend hat sich das Verbreiten von „Spaßbildern“ und „Spaßvideos“ mit kinder- und jugendpornografischem Inhalt unter Kindern und Jugendlichen etabliert. Wer mit solchen Inhalten konfrontiert ist, sollte im Chat seine Ablehnung ausdrücken und den Fall anschließend bei der Polizei melden. *red*



Hinter der Eishalle (Mitte rechts) soll die Oststadt-Sporthalle entstehen. Archiv-Foto: Werner Kuhnle